

Antrag LPT-A05: Hamburgs Hochschulen retten! Wer an Wissenschaft spart, spart an Zukunft, Demokratie und Gerechtigkeit

Status: angenommen

Hamburgs Hochschulen retten! Wer an Wissenschaft spart, spart an Zukunft, Demokratie und Gerechtigkeit

Der Bildungs- und Forschungsstandort Hamburg droht zu kollabieren. Die Hamburger Hochschulen sind nicht am Limit, sie sind inzwischen darüber hinaus und im freien Fall. Lehre und Forschung in Hamburg sind durch die Sparpolitik des Senats unter massivem Druck. An der Universität Hamburg (UHH) etwa sind über 800 Stellen – darunter 80 Professuren – unbesetzt, Qualität von Studium und Lehre leiden drastisch und die Studierbarkeit vieler Fächer ist so gefährdet, dass der AStA von einem Studium an der UHH gar abrät. Umso erstaunlicher ist das vor dem Hintergrund, dass die UHH als Exzellenz-Uni sogar erhebliche Finanzmittel des Bundes erhält – auf die sich der Hamburger Senat so sehr verlässt, dass er die Grundfinanzierung der Hochschule schleifen lässt. Die aktuellen Sparzwänge führen zu sterbenden Studiengängen, unbesetzten Stellen, willkürlichem Ausbleiben von Nachbesetzungen, kaputten Gebäuden und einem Verlust an Lehr- und Forschungsqualität. Wenn unter solchen Bedingungen Exzellenz möglich sein kann, dann allein auf Kosten der grundständigen wissenschaftlichen Arbeit.

Den Hochschulen droht die neoliberale Kettensäge. Forschende, Studierende und Angestellte finden in SPD und Grüne keine Unterstützer*innen: Das Versprechen, die Hochschulen endlich auszufinanzieren, bricht der Senat von Haushalt zu Haushalt und fordert von den Hochschulen weitere massive Kürzungen. Diese könnten etwa an der Fakultät Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften der UHH zu Streichungen von knapp einem Viertel des Budgets führen, die die Fakultät kaum überleben kann. Auch in den anderen Bereichen drohen die Einsparungen, zu katastrophalen Wirkungen zu führen. Gleichermäßen erschreckend wie bezeichnend ist, dass insbesondere Forschungsschwerpunkte, die sich kritisch mit der deutschen Geschichte oder mit den Rechten von Minderheiten und marginalisierten Gruppen befassen, Opfer der Sparpolitik werden; so etwa das Zentrum für Disability Studies und die Forschungsstelle Hamburgs (post-)koloniales Erbe. Dass die Hochschulen durch die staatlichen Sparmaßnahmen zukünftig noch stärker von Drittmitteln, etwa Auftragsprojekten aus der Rüstungsindustrie, abhängig werden, bedroht zudem die zivile Ausrichtung der Forschung und die Wissenschaftsfreiheit. Eine Reduktion der Studierendenzahlen, wie die Wissenschaftssenatorin sie fordert, oder Erhöhungen der Studierendenbeiträge wie in Schleswig-Holstein verschärfen die Bildungsungerechtigkeit und erschweren es Kindern aus Arbeiter*innenfamilien, zu studieren.

Hamburg muss ein guter Ort für Forschung und Lehre bleiben! Bildung und Wissenschaft sind zentrale Träger einer aufgeklärten, demokratischen und emanzipatorischen Gesellschaft. Die Wissenschaftsfreiheit war eines der ersten Opfer der autoritären Trump-Regierung, wird von der rechtsextremen AfD angegriffen und muss kompromisslos verteidigt werden. Ohne eine freie und gut finanzierte Wissenschaft können globale und gesellschaftliche Herausforderungen wie die Klimakatastrophe, die Bedrohung der Demokratie oder die weltweite Ungerechtigkeit nicht gelöst werden. Gute Bildung ist das Fundament, auf dem eine gerechte und zukunftsfähige Gesellschaft aufbaut. Sie ermöglicht Emanzipation, Aufklärung, kritisches Denken und unterstützt die Entfaltung der Persönlichkeit. Bildung ist zugleich Voraussetzung für demokratische Partizipation: Durch sie lassen sich gesellschaftliche Entwicklungen verstehen und mitgestalten. Auch eine erfolgreiche Volkswirtschaft ist ohne gute Bildung nicht denkbar. Wenn Hamburg

das Tor zur Welt sein will, muss es auch Tor zur Welt der Wissenschaft bleiben und eine Anlaufstelle für internationale Studierende und Forschende sein. Gerade kritische Wissenschaften sind in Zeiten zunehmender Autokratisierung, Militarisierung und der Missachtung des Völkerrechts unverzichtbar für eine lebendige Zivilgesellschaft und müssen ausgebaut werden.

Darum müssen Hamburgs Hochschulen unbedingt endlich vollständig ausfinanziert werden. An der Uni Hamburg etwa fehlen aktuell ca. 26 Millionen Euro – diese 0,1 % des städtischen Haushalts sind uns Bildung und Wissenschaft allemal wert! Zumal jeder Euro, der in Bildung investiert wird, das Zwei- bis Dreifache an zusätzlicher Wertschöpfung erzeugt und dadurch nicht nur Lebensqualität, sondern gesellschaftlichen Wohlstand schafft und zu höheren Steuereinnahmen in der Zukunft führt. Die Hochschulen dürfen nicht gezwungen werden, nur ihren Mangel zu verwalten und Kapazitäten abzubauen, sondern müssen ausreichend Mittel erhalten, um frei zu forschen und gut zu lehren. Auch die Studierenden dürfen nicht über erhöhte Semesterbeiträge gezwungen werden, die staatliche Aufgabe der Hochschulfinanzierung zu übernehmen, sondern müssen finanziell entlastet werden.

Die Linke Hamburg nimmt sich vor:

1. Studierende, Forschende und Mitarbeitende bei Streiks, Kampagnen und Aktionen zu unterstützen.
2. zu zukünftigen Hochschulaktionen aufzurufen und parteiintern zu mobilisieren.
3. Studierende, Forschende und Mitarbeitende mit parlamentarischen Initiativen zu unterstützen und so Transparenz über die anstehenden Prozesse zu schaffen.

Die Linke Hamburg fordert:

4. das finanzielle strukturelle Defizit zu überwinden und die Hochschulen vollständig auszufinanzieren.
5. die jährlichen Budgetsteigerungen zukünftig an den real steigenden Kosten orientiert zu erhöhen.
6. die Mietpreise in den Wohnungen des Studierendenwerks auf den im BAföG-Höchstsatz für Wohnen vorgesehenen Betrag von 380 € zu deckeln.
7. an den Mensen des Studierendenwerks nach niedersächsischem Vorbild täglich ein gesundes, pflanzliches Hamburg-Menü anzubieten, das staatlich gefördert zu einem Preis von höchstens 2,80 € angeboten wird.
8. den Verwaltungskostenbeitrag im Semesterbeitrag vollständig abzuschaffen.
9. Studierende und Mitarbeitende der Hochschulen stärker in hochschulpolitische Prozesse einzubinden und ihre Position in der Hochschuldemokratie zu stärken.
10. Studentisches Personal gerecht zu entlohnen und dafür einen Tarifvertrag abzuschließen.
11. das Zentrum für Disability Studies (ZeDiS) dauerhaft zu finanzieren.
12. die Abwicklung der Forschungsstelle Hamburgs (post-)koloniales Erbe rückgängig zu machen und sie dauerhaft zu finanzieren.